

Klima, Kriege, Flucht und Lügen

Der Klimavertrag ist unterzeichnet. Was der Welt droht, wenn wir ihn nicht umsetzen. Und wer ihn schon jetzt bekämpft

ANALYSE:
BENEDIKT NARODOSLAWSKY

Vielleicht wird der 22. April 2016 als jener Tag in die Geschichte eingehen, an dem die Staatenlenker dieser Erde die Welt retteten. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon sprach von einem „historischen Moment“, als die Vertreter von 175 Ländern den Weltklimavertrag in New York unterzeichneten. Sie besiegelten damit die Ergebnisse, die sie auf der Klimakonferenz in Paris Ende 2015 ausgehandelt hatten: Die Erderwärmung soll auf maximal zwei Grad beschränkt werden. Zielvorgabe: eher 1,5 Grad.

Es gab eine Zeremonie und schöne Bilder, aber die gute Nachricht verschwand bald wieder aus den Medien. Um wie viel es dabei tatsächlich geht, ist den meisten Beobachtern nicht klar. Es geht um nicht weniger als existenzielle Fragen: Hunger oder Essen? Krieg oder Frieden? Tod oder Leben?

Im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris veröffentlichten die *Blätter für deutsche und internationale Politik* einen aufrüttelnden Beitrag. Er stammt von Michael T. Klare, dem Direktor der „Peace and World Security Studies“ am Hampshire College in Massachusetts und trägt den Titel „Klima und Krieg“. Klare bezeichnete die Weltklimakonferenz in Paris darin als „die wahrscheinlich wichtigste Friedenskonferenz der Geschichte“. Folgt man seinen Erklärungen, wird sie diesem Superlativ durchaus gerecht. Klare schreibt von den Dürren, die durch die Klimaerwärmung zugenommen haben und etwa in den Staaten der afrika-

nischen Sahelzone schon jetzt zu blutigen Verteilungskämpfen führen. Steigt die Temperatur an, nimmt auch die Zahl der Dürren weiter zu, und damit – so die logische Schlussfolgerung – wird sich der Blutzoll dramatisch erhöhen.

Zum Beispiel in Mali, wo die Hitze das Weidegebiet der Tuareg Schritt für Schritt verwüstet. Als die Lebensgrundlage der muslimischen Nomaden auf dem Spiel stand und die malische Regierung ihnen Hilfe verweigerte, griffen sie Anfang 2012 zu den Waffen. In ihrem Feldzug nahmen die Tuaregs halb Mali ein. Erst mithilfe von ausländischen Streitkräften gelang es der bedrohten Regierung, die Kämpfer in die Sahara zurückzuschlagen.

Das ist nur ein leichter Vorgeschmack dessen, was dem Planeten droht. Nehmen die Temperaturen zu, könnte auch einer der wasserreichsten und längsten Flüsse Asiens den halben Kontinent ins Unglück stürzen. Der Yarlung Tsangpo entspringt in China, bevor er durch Indien und Bangladesch fließt und dort in den Indischen Ozean mündet. Wie wichtig er ist, zeigt schon sein indischer Name: Brahmaputra, „Sohn des Brahma“ – Brahma ist im Hinduismus der Gott der Schöpfung. Für den Osten Indiens ist der Brahmaputra der Quell der Landwirtschaft.

Einen Damm baute China schon. Weitere sind in Planung. Droht eine Hitzeperiode, so könnten die Chinesen Wasser in die trockenen Gebiete Nordchinas ableiten und

ILLUSTRATION:
BIANCA
TSCHAIKNER



Während die Politik nach jedem Terroranschlag neue Maßnahmen beschließt, steht sie beim Klima auf der Bremse

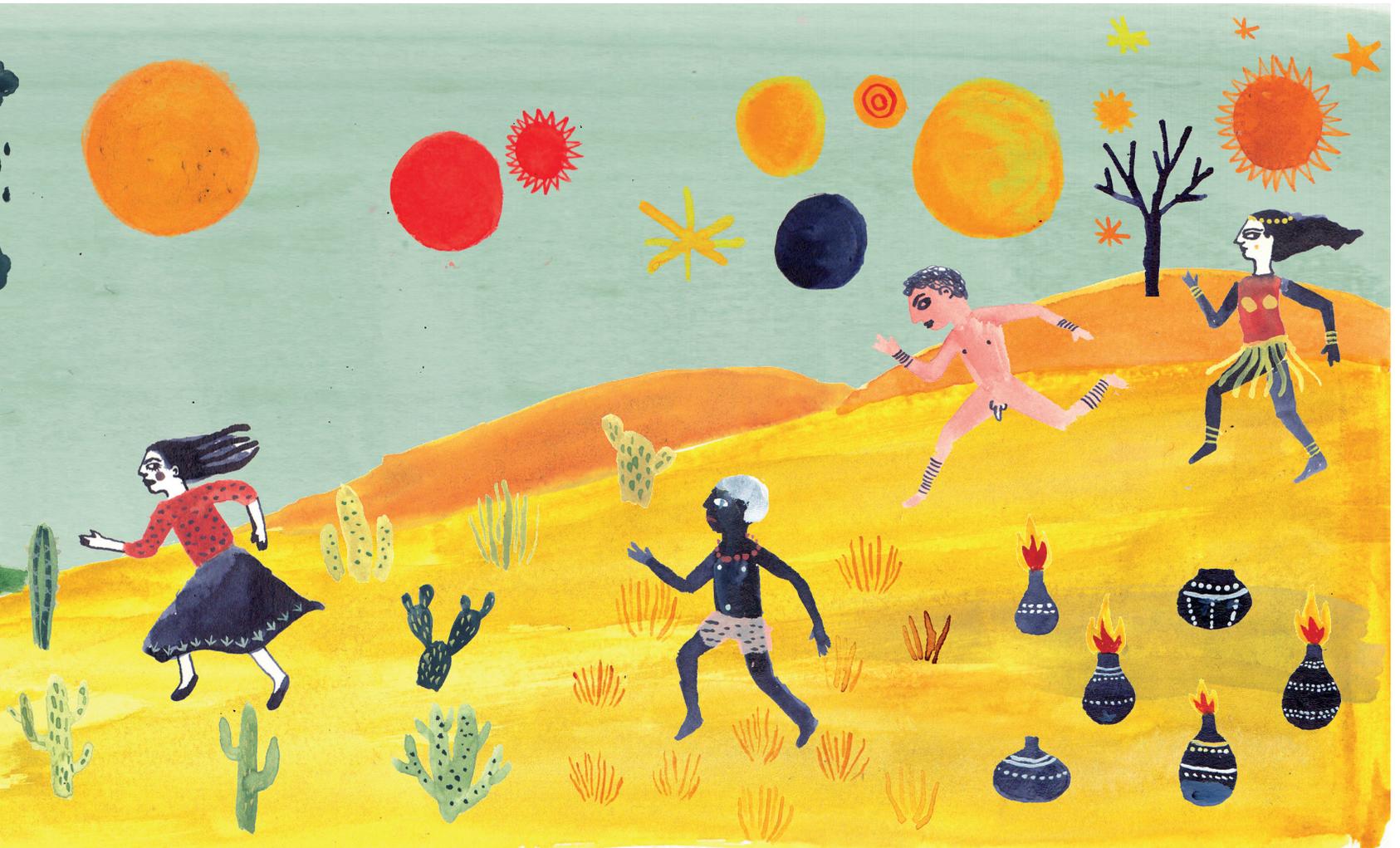
die Lebensader der Inder ausbluten lassen. „Das würde Indiens Wasserversorgung gefährden und womöglich einen Konflikt provozieren“, schreibt Klare. Im Westen droht wiederum ein ähnlicher Konflikt unter anderen Vorzeichen.

In der umkämpften Region Kaschmir, die zu Indien gehört und vom verfeindeten Pakistan beansprucht wird, ist der Indus der Ausgangspunkt. Er entspringt in Indien und versorgt mit seinen Nebenflüssen zwei Drittel Pakistans mit Wasser; er ist die Lebensgrundlage der pakistanischen Baumwollindustrie. Zwar regelte ein indisch-pakistanischer Vertrag die Teilung des Wassers. „Doch beide Bevölkerungen wachsen in einem alarmierenden Maße, und die globale Erwärmung könnte den Wasserfluss verringern“, schreibt Tim Marshall, Außenpolitik-Kommentator der BBC in seinem Bestseller „Die Macht der Geografie“. „Ganz Kaschmir zu annektieren, würde Pakistans Wassernachschub sichern.“

Das Worst-Case-Szenario bedeutet: Krieg. Die Spannungen zwischen Pakistan und Indien führen schon jetzt immer wieder zu Toten. Im Fall Brahmaputra droht ein Konflikt zwischen den zwei bevölkerungsreichsten Staaten der Erde, in denen rund 2,6 Milliarden Menschen leben.

Und das ist längst nicht alles. „Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der aktuellen Flüchtlingskrise“, erklärte Dawn Chatty auf der Wissenschaftsplattform Research Gate, wenige Tage ehe der Klimavertrag unterzeichnet





wurde. Chatty ist die ehemalige Direktorin des Refugee Studies Centre in Oxford. Ihre These, die auch von anderen renommierten Wissenschaftlern geteilt wird: Der Klimawandel führte zwischen 2006 und 2011 zu mehreren Dürren in Syrien. Er traf den Nordosten des Landes, wo viele Hirten und Bauern leben. Sie verloren ihre Existenzgrundlage und zogen in die Städte. Wie die Regierung in Mali die Tuareg, unterschätzte auch der syrische Diktator Bashar al-Assad den Ernst der Lage und reagierte nicht auf ihre Not.

Der Zuwanderungsdruck der mittellosen Klimaflüchtlinge verschärfte die Lage in den syrischen Städten, schließlich explodierte das soziale Pulverfass. Im Jahr 2011 erhob sich das Volk gegen seinen Diktator. Die Folge: ein blutiger Bürgerkrieg im Nahen Osten, eine Flüchtlingskrise, die die EU ins Wanken bringt, und nicht zuletzt ein politischer Rechtsruck in Österreich.



Naomi Klein kritisiert den Einfluss von Ölkonzernen auf die Umweltpolitik



Jürgen Schneider, Umweltbundesamt: Menschen werden aus Verzweigung mobil

Die Zahl der Klimaflüchtlinge wird weiter steigen. Schließlich reichen die bisherigen Zusagen, die die Länder im Klimavertrag verankerten, nur aus, um die globale Erwärmung im Mittel auf drei Grad zu beschränken, erklärt Klimaexperte Jürgen Schneider vom österreichischen Umweltbundesamt. In gewissen Regionen wird sich die Temperatur um bis zu sechs Grad erhöhen. Die Folge: weniger verfügbares Wasser, weniger fruchtbares Land und Inseln, die der Ozean verschluckt. „Die Leute werden sich nicht ihrem Schicksal hingeben, sie werden aus

Verzweigung mobil werden“, sagt Schneider, „das ist eine alarmierende Aussicht.“ Er sieht vor allem die reichen Industrienationen in der Pflicht, rasch zu handeln. „Wir müssen unseren CO₂-Ausstoß drastisch einschränken. Je früher wir beginnen, desto geringer sind die ökonomischen und sozialen Folgen.“

Ein Problem bleibt allerdings die Verständnisfrage. Wenn Menschen vor Krieg und Bomben fliehen, versteht das jeder. Der Klimawandel ist hingegen kompliziert, Ursache und Wirkung sind nicht immer erkennbar. „Man sieht das nicht klar“, erklärt Oxford-Professorin Chatty, „das ist ein Mitgrund dafür, warum es keine wirklichen Strategien gibt, damit umzugehen.“ Das betrifft nicht nur die Auswirkungen des Klimas auf die Flüchtlingskrise, es ist ein generelles Problem. Denn die Auswirkungen des Klimawandels sind diffus. Aber enorm. Ein Vergleich dazu: Bei den Terroranschlägen in Paris 2015 ermordeten Terroristen 130 Menschen. Die europäische Hitzewelle 2003 hingegen forderte allein in Frankreich mehr als 15.000 Menschenleben.

Während die Politik nach jedem Terroranschlag Sicherheitsmaßnahmen beschließt, steht sie beim Klima auf der Bremse. Dabei liegen die Fakten längst auf dem Tisch. Das mit dem Friedensnobelpreis geadelte Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), in dem sich die führenden Klimaforscher der Welt versammeln und der auch Weltklimarat genannt wird, hat die Folgen des Klimawandels klar zusammengefasst.

Kurz gesagt: Wenn wir das Klima nicht in den Griff bekommen, können wir mit jedem vorstellbaren Horrorszenario rechnen. Das heißt: Dürren, Fluten, Zyklone, Hitzewellen, verheerende Brände. Aussterben von Tieren und Pflanzenarten. Menschen im Überlebenskampf. Hunger, Durst, Zerstörung von Infrastruktur, Obdachlosigkeit, Krieg, Fluchtwellen. Treffen – so die Prognose der Wissenschaftler – wird es zuerst die ärmsten Bevölkerungsschichten in den ärmsten Ländern.

Aber auch reiche Staaten geraten immer stärker unter Druck. In Österreich schließen ganze Skigebiete, weil der Schnee ausbleibt. Der Landwirtschaft setzen die Hitzeperioden und Schädlinge zu. Jährlich koste der Klimawandel allein die Österreicher rund eine Milliarde Euro, errechneten Klimaforscher des Climate Change Center Austria (CCCA). Bis zur Mitte des Jahrhunderts sollen es rund fünf Milliarden Euro pro Jahr sein.

Das sind Prognosen. Was man allerdings jetzt schon sagen kann: Die Alpenrepublik ist wärmer geworden. Seit dem Jahr 1768 führt Österreich Statistik. Die zehn heißesten Jahre der Geschichte fielen allesamt in die letzten zwei Jahrzehnte. 2014: Rekordjahr, wärmstes Jahr der Messgeschichte. 2015: zweitwärmstes Jahr in Österreich, das wärmste der Welt. Im Durchschnitt um 0,9 Grad wärmer als der Durchschnitt

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 5

des 20. Jahrhunderts. Müsste man den Klimawandel in eine Grafik packen, um zu sehen, wie die Menschheit die Erdtemperatur in die Höhe trieb, so wäre es wohl das „Hockeyschläger-Diagramm“ des amerikanischen Klimatologen Michael Mann. Bis zum Jahr 1850 veränderte sich die Temperatur der Erde kaum, die Entwicklung gleicht im Groben über Jahrhunderte hinweg einer waagrechteten Linie, wie der Stiel eines liegenden Hockeyschlägers. Seit die Menschen Kohle, Öl und Gas verbrennen, steigt die Kurve steil an. Wie die Schaufel des liegenden Hockeyschlägers.

Die Zeit drängt. Die österreichische Regierung hat verkündet, bis 2030 die Stromproduktion auf erneuerbare Energie umzustellen und bis 2050 Österreichs fossiles Zeitalter zu beenden. Das sind gute Nachrichten. Es könnte dennoch zu langsam sein. 1000 Gigatonnen CO₂ könnte die Menschheit weltweit noch in die Luft blasen, bis die zwei Grad erreicht sind, rechnet die österreichische Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb vor. Umgerechnet auf Österreich heißt das beim derzeitigen jährlichen Verbrauch: Uns bleiben noch 14 Jahre.

Können wir das Zwei-Grad-Ziel nicht halten, könnten Kippeffekte eintreten – etwa die Freisetzung des zerstörerischen Methangases, das noch in rauen Mengen in Sibiriens Eisböden gefangen ist. „Wenn Kippeffekte eintreten, kann die kommende Generation nichts mehr tun als versuchen, mit der Temperatur zurande zu kommen“, erklärt Kromp-Kolb, „weil sich der Klimawandel dann nicht mehr bremsen lässt.“

Warum geht angesichts dieser Szenarien politisch nicht mehr voran? Weil das Thema Umwelt in der Politik eine komplizierte Querschnittsmaterie ist und es keinen Politiker gibt, der allein dafür zuständig wäre. „In jedem Sektor und auf jeder Ebene gibt es außerdem unzählige Widerstände, und oft hält das relativ schwache Umweltministerium allein dagegen – besonders in Österreich meist vergeblich“, erklärt Reinhard Steuer vom Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Zudem fehle eine einfache Lösung, die man sofort umsetzen könnte. „Am wirksamsten wäre eine EU- oder weltweite CO₂-Steuer, die sich nach der CO₂-Intensität von Produkten und Dienstleistungen richtet, etwa statt der Mehrwertsteuer“, sagt Steuer, „aber das scheitert an der Wählerschaft.“ Klimapolitik erschöpfe sich deshalb oft in wenig wirksamen Alibihandlungen. Und schließlich sind da noch die Gegner



Rund 420 Millionen Dollar investiert die Öl- und Gasindustrie in die Produktion des Zweifels – allein in den Jahren 1997 bis 2004

DIE „ZEIT“ ÜBER DIE KLIMALÜGE



Was jeder von uns selbst beitragen kann

☞ **Siehe auch im Falter-Online-Archiv:** http://bit.ly/falter_klima2

in der Wirtschaft, die Milliarden zu verlieren haben und die Politik deshalb massiv beeinflussen. Zwar ist der Klimawandel für Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien eine große Chance. Allerdings gibt es die alten Konzerne, die mit Umweltzerstörung Geld scheffeln und kein Ablaufdatum akzeptieren. Dass sie auch bereit sind, auf Kosten der Umwelt mit illegalen Tricks zu arbeiten, hat der VW-Skandal rund um die geschönten Abgaswerte gezeigt.

Jüngst wurde bekannt, dass es sich dabei nicht nur um einen Betrug eines einzelnen Konzerns, sondern offenbar um den einer ganzen Branche handelt. Die jüngsten Abgasprüfungen zeigten auch bei vielen anderen Automarken grobe Auffälligkeiten. Audi, Porsche, Mercedes, Volkswagen und Opel müssen in Deutschland nun mehr als eine halbe Million Autos in die Werkstätten schicken, um bei der Abgasreinigung nachzubessern.

2012 veröffentlichte die Wochenzeitung *Die Zeit* das brisante Dossier „Die Klimakrieger“, das mit dem deutschen Reporterpreis ausgezeichnet wurde. Die investigative Geschichte enthüllt die Methoden des amerikanischen PR-Agenten Marc Morano, der für eine Organisation lobbyiert, die unter anderem vom US-Autohersteller Chrysler und den Öl-Konzernen ExxonMobil und Chevron finanziert wird. Das Ziel des Lobbyisten: das wissenschaftlich gesicherte Faktum, dass die Menschheit den Klimawandel verursacht, in Zweifel zu ziehen. Die Wissensfrage zur Glaubensfrage zu machen, die Fakten zu Meinungen umzudeuten.

„Insgesamt rund 420 Millionen Dollar investiert die Öl- und Gasindustrie in die Produktion des Zweifels – allein in den Jahren 1997 bis 2004“, schreibt die *Zeit*, und erklärt, wie die PR-Firmen für ihre reichen Auftraggeber arbeiten. Da werden Laien, die den Klimawandel leugnen, Medien und politische Parteien als Experten serviert. Forscher, die von Ölkonzernen beauftragt sind, erstellen manipulative Studien. Seriöse Klimaforscher werden zermürbt und diskreditiert. Klimaforscher Michael Mann etwa – der das Hockeydiagramm erstellte – wurde mit Youtube-Videos lächerlich gemacht, erhielt anonyme Morddrohungen, musste Demonstrationen auf seinem Campus mit ansehen, die gegen ihn organisiert wurden. Ein republikanischer Staatsanwalt versuchte sogar, ihm seinen akademischen Titel streitig zu machen.

PR-Mann Morano ist selbst kein Klimaforscher, aber er verbreitet heute noch die Botschaft der Klimalüge. Gerade brachte er einen Film heraus, den er nun vermarktet. Titel: „Climate Hustle“, zu deutsch: die Kli-

ma-Abzocke. Wie sich die Industrie in die Politik einkauft, lässt sich gerade im US-Wahlkampf sehen. Laut einem Beitrag der Globalisierungskritikerin Naomi Klein in der US-Wochenzeitung *The Nation* pumpen in den vergangenen Jahren milliarden-schwere Ölkonzerne immer wieder beträchtliche Summen in die Clinton Foundation. Allein für ihre Präsidentschaftskampagne erhielt die demokratische Kandidatin Hillary Clinton 4,5 Millionen Dollar von Konzernen aus der fossilen Energieindustrie. Unterstützt wird sie zudem von Warren Buffett, einem der reichsten Menschen der Welt, der einen beträchtlichen Teil seines Geschäfts mit Kohle macht.

Am meisten Geld von den Öl-, Kohle- und Gaskonzernen fließt allerdings in die Kassen der „klimaleugnenden Republikaner“, schreibt Klein. Kein Wunder also, dass der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump den menschengemachten Klimawandel öffentlich leugnet und die einhellige wissenschaftliche Meinung als „Hoax“, also als Scherz, bezeichnet. Das Republikaner-freundliche Medienimperium Fox gibt den Klimaleugnern eine Stimme und beeinflusst damit Millionen Bürger.

Auch in Österreich droht die Lügenpropaganda der Konzerne zu greifen. Im Sommer 2015 bezeichnete die damalige Umweltsprecherin der FPÖ, Susanne Winter, die „angebliche Klimaproblematik“ als „ein einziges mediales Lügegebäude, das zum Einsturz gebracht werden muss“. Studien, die beweisen, dass die Menschen den Klimawandel verursachen, seien eine „ideologische Pseudowissenschaft“.

Wenige Wochen später erklärte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im ORF-„Sommergespräch“, es stehe außer Streit, dass der Klimawandel durch natürliche Entwicklungen passiere. Man könne nicht fix sagen, dass der von Menschen verursachte CO₂-Ausstoß an der Klimaerwärmung schuld sei. Die „von den Mainstream-Medien veröffentlichten Wissenschaftler“ würden das erklären, so Strache, „weil damit wird ja heute auch ein Geschäft gemacht“. In Umfragen ist die FPÖ schon die stärkste Partei des Landes. Ihr Kandidat Norbert Hofer könnte bald Bundespräsident sein.

Dennoch gibt es Hoffnung. Dass den Klimavertrag trotz Gegenpropaganda auch die Vertreter der größten CO₂-Emittenten USA und China unterzeichnet haben, ist ein positives Signal. Es zeigt nicht nur, wie ernst die Lage bereits ist, sondern auch, dass wir die Erde noch nicht verloren haben. Jetzt, wo alle Unterschriften getrocknet sind, fehlt nur noch eines: die Umsetzung.